

**- Mitteilung -**

Federführender Bereich Beschäftigungsförderung, Soziale Hilfen und Wohnungswesen		Beteiligte Bereiche - 50 -				
Vorlage für Ausschuss für Familie, Gesundheit und Soziales						
<u>Betrifft:</u> (ggf. Anlagen bezeichnen) Sachstandsbericht zum Wesseling Familienbericht						
Namenszeichen des federführenden Bereichs Leiter/in		Sachbearbeiter/in		Datum 22.12.2005		
Namenszeichen						
- 50 -	Beteiligte Bereiche			Fachdezernent	Kämmerer	Bürgermeister
Bearbeitungsvermerk						

# STADT WESSELING

Der Bürgermeister

Vorlagen-Nr.: 345/2005

Sachbearbeiter/in: Herr Kemper  
Datum: 22.12.2005

öffentlich

nichtöffentlich

## Beratungsfolge:

Ausschuss für Familie, Gesundheit und Soziales
@GRM2@
@GRM3@
@GRM4@

## Betreff:

Sachstandsbericht zum Wesseling Familienbericht

## Beschlussentwurf:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **Sachdarstellung:**

### **Sachstand Familienbericht für die Stadt Wesseling**

Wie mit dem ZEFIR vertraglich vereinbart, wurden bis Ende letzten Jahres alle benötigten Daten (Bevölkerung, Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit etc.) von der Stadt Wesseling in der gewünschten und notwendigen Form erhoben und bereitgestellt. Die Analyse und Aufbereitung der Daten durch das ZEFIR wird bis Ende Februar 2006 abgeschlossen.

Zurzeit wird in Kooperation mit dem ZEFIR für Montag den 6.3.2006 der zentrale Workshop zur Sammlung und Entwicklung von konkreten Handlungsempfehlungen vorbereitet. An der Veranstaltung sollen möglichst viele kommunale Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen wie Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Verbänden, Schulen, Kindergärten, Jugend- und Altenhilfe etc. beteiligt werden. Herr Prof. Strohmeier, der Leiter des ZEFIR, wird im Rahmen seiner die Tagung einleitenden Referates ausgewählte Ergebnisse der Datenanalysen vorstellen. Der Workshop wird ganztätig im Hotel am Rhein durchgeführt. Die persönlichen Einladungen werden bis Ende Januar verschickt.

Der gedruckte Familienbericht wird vom ZEFIR vor der Sommerpause, im Juni 2006, vorgelegt, so dass er nach den Ferien in den zuständigen Gremien beraten werden kann.

### **Modellprojekte des Landes und des Bundes**

Die Politik für Familien, Kinder, Jugendliche und Senioren hat in den letzten Jahren auf allen politischen Ebenen erheblich an Bedeutung gewonnen, so dass sowohl das Land NRW als auch der Bund in diesen Bereichen neue Initiativen angekündigt haben. Für die Kommunalpolitik sind dabei zwei zunächst als Modelle konzipierte Projekte von besonderer Bedeutung: Die Familienzentren (NRW) und die Mehrgenerationenhäuser (Bund). Die Verwaltung wurde gebeten, zu beiden Programmen grundlegende Informationen, so weit sie zurzeit bekannt sind, zusammen zu stellen.

#### **Modellprojekt des Landes NRW: Ausbau von Kindergärten zu Familienzentren**

Die neue Landesregierung will in einem Pilotprojekt Kindergärten und -tagesstätten zu Familienzentren ausbauen. Möglichst unter einem Dach sollen neben Kinderbetreuung zusätzlich Beratungen, Erziehungshilfen, Vermittlung von Tagesmüttern sowie vorschulische Sprachförderung angeboten werden. Ein wesentliches Ziel der Arbeit von Familienzentren soll die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern sein.

Die Landesregierung erhofft sich auch Synergieeffekte für Träger und Kommunen, da in vielen Städten die Zahl der Kinder zurückgeht und dadurch räumliche sowie personelle Kapazitäten frei werden könnten. Grundsätzlich sind konzeptionell sehr unterschiedliche Modelle der Familienzentren möglich, die von einer räumlichen Bündelung aller Angebote in einem Haus (alles unter einem Dach einer weiter entwickelten Kindertagesstätte) bis hin zur "Lotsenfunktion" (Koordination eines Netzwerks mit andern Anbietern) eines Kindergartens reichen. Das Angebot eines Familienzentrums kann und soll variieren je nach Problemlagen im städtischen Raum oder in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil.

Das Land beabsichtigt, in allen 178 nordrhein-westfälischen Jugendamtsbezirken zunächst je ein modellhaftes Familienzentrum zu fördern. Zur Finanzierung sollen im Jahre 2006 rund eine Million Euro bereitgestellt werden. Langfristig sollen flächendeckend Familienzentren entstehen. Darüber hinaus sollen Mittel für die Begleitforschung zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen der Begleitforschung sollen qualitative Mindeststandards erarbeitet und ein Gütesiegel entwickelt werden. Die konkreten Förderungsrichtlinien sind noch nicht veröffentlicht, sind aber für Januar 2006 angekündigt.

#### **Modellprojekt des Bundes: Mehrgenerationenhäuser**

Im Koalitionsvertrag hat sich die neue Bundesregierung darauf verständigt, zukünftig sog. Mehrgenerationenhäuser zu fördern und zu erproben.

Mehrgenerationenhäuser sind nach dem Verständnis des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Anlaufstellen, Netzwerke und Drehscheiben für familienorientierte Dienstleistungen, Erziehungs- und Familienberatung, Gesundheitsförderung, Krisenintervention und Hilfeplanung. Sie sollen eigene Angebote der Frühförderung, Betreuung, Bildung und Lebenshilfe entwickeln. Es sollen Orte sein, an denen sich Menschen tagsüber treffen können, wo es eine Krabbelgruppe mit einer Altenbegegnungsstätte gibt, ein Jugendzentrum und Hausaufgabenhilfe, alles unter einem Dach.

Der Koalitionsvertrag sieht vor, im Rahmen eines Modellprogramms in den kommenden vier Jahren in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt in Deutschland ein Mehrgenerationenhaus zu schaffen. Die „Start-Up“-Förderung soll für einen Zeitraum von fünf Jahren 40.000 Euro pro Jahr betragen. Insgesamt soll sich das Finanzvolumen hierfür auf 88 Mio. Euro für die gesamte BRD belaufen.

Nach telefonischer Auskunft des BMFSFJ sollen die näheren Ausführungsbestimmungen zum Antrags- und Förderungsverfahren im März 2006 veröffentlicht werden.

Da zurzeit weder die Antragsunterlagen und Förderungsrichtlinien für die vom NRW favorisierten Familienzentren noch für die vom Bund angekündigten Mehrgenerationenhäuser vorliegen bleibt abzuwarten, ob und ggf. wie die unterschiedlichen Ansätze miteinander vereinbar sein werden. Nach mündlicher Auskunft des Landesjugendamtes beabsichtigt die Landesregierung gegenwärtig nicht, die Zielgruppe der Familienzentren (Kinder und Familien) auf die Senioren auszudehnen. Sollte sich die Stadt Wesseling um die o. g. Fördermittel bewerben, wäre es sinnvoll, die offenen konzeptionellen und finanziellen Fragen im Rahmen der zurzeit laufenden Kindergartenbedarfsplanung abzuarbeiten.